

Kampf um die Quartaner dauert an

Gymnasialer Unterricht Erziehungsdirektor Bernhard Pulver sucht das persönliche Gespräch

VON BRUNO UTZ

Derzeit kennt der Kanton Bern mehrere Organisationsmodelle für das erste Jahr der gymnasialen Bildung. Weder die Schulen noch die Politiker sind jedoch mit der Vielfalt ganz zufrieden. Die Frage, ob die Quarta weiterhin auch als gymnasialer Unterricht im 9. Schuljahr angeboten werden darf (GU9) oder ob der vierjährige Weg zur Matur einzig an den Gymnasien stattfinden soll, gab und gibt viel zu reden. Die mittlere Unzufriedenheit und das unterdurchschnittliche Abschneiden der Berner Maturanden an der schweizerischen Evaluation der Maturitäts-Reform führte zu mehreren Vorstössen im Grosse Rat. Auch die beiden Langenthaler EVP-Grossräte Daniel Steiner und Reto Steiner (Letzterer ist nicht mehr im Rat) reichten 2009 Motionen ein. Wie stets in dieser Frage war sich das Parlament aber nicht einig über die künftige Lösung. Die Vorstösse wurden zwar klar überwiesen, aber nur als Prüfungsauftrag.

Nun liegt das Ergebnis der von der Erziehungsdirektion darauf in Auftrag gegebenen Evaluation vor, wie die Erziehungsdirektion mitteilt. Gruppendiskussionen mit Schulleitungen

«Die Mehrkosten könnten auf rund zehn Millionen Franken halbiert werden.»

Bernhard Pulver, Regierungsrat

der Sekundarstufe I, Rektorinnen und Direktoren der Gymnasien, Gemeindebehörden, Lehrpersonen sowie Schülerinnen und Schülern bestätigten, dass der Status quo die meisten der Befragten zwar nicht befriedige. Man habe sich aber damit arrangiert, heisst es.

Ein Jahr länger

Laut der Meldung wurde «bei der Überprüfung der vorhandenen Optionen und dem Erarbeiten neuer Lösungsansätze» in mehreren Gruppendiskussionen auch die Variante 9/4 (vergleiche Kasten) vorgeschlagen. «Das ist nicht nur ein Kompromiss, sondern ein guter Vorschlag», sagt Erziehungsdirektor Bernhard Pulver (Grüne) auf Nachfrage. Weil die Schulzeit aber um ein Jahr verlängert würde, wäre mit erheblichen Kosten zu rechnen. Bei jährlich 2000 Gymnasialisten schätzt Pulver den Mehraufwand auf rund 20 Millionen Franken. «Wir müssen aber nicht alles genau gleich machen, wie bisher. Wir könnten beispielsweise das selbst organisierte Lernen verstärken – das ist sehr wichtig für die Vorbereitung auf die



Welches Modell? Erziehungsdirektor Bernhard Pulver ist sich noch nicht schlüssig.

SAMUEL THOMI

■ HUTTWIL: «9/4 WÄRE EINE GUTE LÖSUNG»

Gemäss Bernhard Bacher fand an einem Hearing mit Mitarbeitenden der Erziehungsdirektion und Vertretern der Oberaar-gauer Schulen das Modell 9/4 Anklang. «Diese Variante würde viel zur Beruhigung an den Schulen beitragen», erklärt der Leiter der Oberstufenschule Hofmatt in Huttwil. Dann müssten die Sekundarklassen keine Unterteilung mehr vornehmen. Das Wegfallen

vieler Selektionen würde zur Kontinuität an den Sekundarschulen und auch an den Gymnasien beitragen. Viele Sekundarschulen kämpften mit dem Problem der kritischen Klassengrösse. «Bei einer zweireihigen Sekundarklasse wäre es kaum mehr möglich, eine Klasse mit gymnasialem Unterricht zu bilden.» Seine Schule habe das Glück, pro Jahrgang etwa 60 Schülerinnen

und Schüler aus Huttwil und den umliegenden Dörfern zu haben. «Das erlaubt die Führung einer gymnasialen Klasse.» Problematisch für viele Sekundarschulen wäre die völlige Konzentration der vierjährigen gymnasialen Ausbildung auf die Gymnasien. «Für Huttwil würde das den Verlust einer ganzen Klasse bedeuten. Wir würden Kinder und Arbeitsplätze verlieren.» (UZ)

Universität – und so die Mehrkosten auf etwa 10 Millionen Franken reduzieren.» Ein gewichtiges Argument zugunsten GU9 und 9/4 sei, dass derzeit viele GU9-Schüler nicht ans Gymnasium wechselten, sondern eine Berufsausbildung mit Berufsmatura absolvierten. «Und es ist von Vorteil, wenn es im 9. Schuljahr auch noch einige starke Schüler hat. Die ziehen die anderen mit», so Pulver weiter.

Eine Option sei, GU9 für Spezialfälle zu bewilligen, etwa bei besonders langen Schulwegen. «Wenn alle

Schüler aus dem Emmental nach Burgdorf ans Gymnasium reisen müssten, könnte die Gymnasial-Quote im Emmental noch weiter sinken. Das will niemand», sagt Pulver.

Auch Schüler befragt

Schülerbefragungen hätten ergeben, dass sie tendenziell die Schulvariante bevorzugen, die sie selber besuchen. Er favorisiere noch kein Modell, sagt der Erziehungsdirektor. Um einen politisch tragbaren Vorschlag erarbeiten zu können, werde er im

Jetzt sind drei Modelle

Für den Weg zur Matur stehen im deutschsprachigen Teil des Kantons Bern nun mindestens drei Modelle zur Diskussion. Das sind:

- Die Jugendlichen absolvieren das 9. Schuljahr an einer Sekundarklasse und wechseln erst danach in die Terzia eines Gymnasiums (GU9).
- Die Jugendlichen besuchen alle vier Jahre an einem Gymnasium.
- Gemäss der Variante 9/4 besuchen alle Schüler neun Schuljahre an der Volksschule, bevor ein vierjähriger gymnasialer Bildungsgang folgt. Diese Variante verlängert die Ausbildungszeit bis zur Maturität um ein Jahr auf 13 Jahre. (UZ)

kommenden Frühling persönliche Hearings mit Vertretungen von Schulleitungen, der Gymnasiumsrektoren, dem Verband Lehrerinnen und Lehrer sowie dem Verband bernischer Gemeinden durchführen. Er beabsichtige, das Thema im nächsten Herbst in die Regierung zu bringen. Eine Neugestaltung des gymnasialen Unterrichts würde je nach Wahl der Variante einen Gesetzgebungsprozess erfordern. Mit allfälligen Änderungen sei daher nicht vor 2017 zu rechnen. **Kommentar rechts**

Kommentar

von Bruno Utz



Ausser Spesen nichts gewesen

■ Seit der Einführung der neuen Maturitätsbildung 2001 gibt es im Kanton Bern Unzufriedene. So wird etwa gemäkelt, es gehe viel Zeit verloren, die GU9-Absolventen nach ihrem Eintritt ins Gymnasium auf den Ausbildungsstand derjenigen zu bringen, welche bereits die Quarta am Gymnasium absolviert hatten. Das stimmt ebenso wie das Argument, dass wegen dieser Doppellösung im Kanton Bern das Schwerpunktfach erst in der Terzia anfängt.

Deswegen kantonsweit auf die speziellen Gymnasialklassen an Sekundarschulen zu verzichten, wäre im grossen Flächenkanton Bern mit von kaum jemandem gewollten Folgen verbunden: Einerseits würde die mit 18,7 Prozent (2010) bereits unterdurchschnittliche Quote der gymnasialen Matur noch weiter sinken. Andererseits hätte der Abzug von starken Schülern die Schliessung von Sekundarklassen auf dem Lande zur Folge. Was der Negativspirale im zunehmenden Stadt-Land-Konflikt zusätzlichen Schub verleihen würde.

Die bei der Evaluation durch die Erziehungsdirektion von mehreren Gruppen ins Spiel gebrachte Rückkehr zum Angebot vor der reformierten Maturitätsbildung – neun Jahre Volksschule und vier Jahre Gymnasium – ist zwar gut gemeint, aber trotzdem keine valable Option. Nicht deshalb, weil sich nie eine Mehrheit des Grosse Rates mit den Mehrkosten von mindestens zehn Millionen Franken jährlich anfreunden könnte. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass bei der Frage der Ausgestaltung des gymnasialen Unterrichts im 9. Schuljahr die Fronten quer durch alle Parteien verlaufen.

Erziehungsdirektor Bernhard Pulver wird spätestens nach dem grossräthlichen Nein zu seinem Vorschlag – egal welcher Art – aus dem Schneider sein. Danach wird man sich auf die Schultern klopfen und selbstzufrieden feststellen, es sei gut, der Schule eine weitere Reform erspart zu haben. Das Fazit sei erlaubt: Ausser Spesen nichts gewesen.

bruno.utz@azmedien.ch

Rolle als Politzentrum noch stärker nutzen

Hauptstadtregion Die «Hauptstadtregion Schweiz» aus fünf Kantonen mit Bern im Zentrum sollte ihre Rolle als nationales Politzentrum stärker nutzen.

Das ist das Fazit einer Studie, welche der vor gut einem Jahr gegründete Trägerverein in Auftrag gegeben hat. Professorin Heike Mayer von der Universität Bern sagte am Freitag vor den Medien in Bern, die Arbeiten an der Studie hätten gezeigt, dass zentrale Akteure einer Hauptstadt zwar in der Agglomeration Bern konzentriert seien. Andere wie zum Beispiel Medien und Verbände verteilten sich hingegen übers ganze Land. Der Verein Hauptstadtregion Schweiz müsse deshalb anstreben, dass der Raum der fünf Kantone seine nationale Drehscheibenfunktion stärker. Konkrete

Handlungsfelder sieht die Professorin für Wirtschaftsgeografie und Regionalforschung in Bereichen wie Informations- und Kommunikationstechnologie, E-Government und Public Management. Mayer fordert auch eine Verbesserung des Images der Region. Sie soll vermehrt als kreativ und dynamisch wahrgenommen werden. Die Vereinsleitung will diese universitäre Empfehlung nun auch aufnehmen und eine Strategie zur Stärkung der Region entwickeln.

Der Berner Stadtpräsident Alexander Tschäppät leitet aus der Studie die Forderung ab, dass der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse «nicht alles von Zürich aus macht», wie er vor den Medien sagte. Er forderte einmal mehr, dass das Schweizer Radio

und Fernsehen (SRF) Politsendungen vermehrt in Bern produziert. Das «Haus der Kantone» stellt für ihn ein gutes Beispiel dar, wie Körperschaften in Bern zusammen Lobbying betreiben können. Diesem Modell könnten etwa auch kleinere Verbände folgen. Tschäppät fordert auch, dass der Bund keine neuen Institutionen ausserhalb der Hauptstadtregion ansiedelt.

Der Verein Hauptstadtregion Schweiz wurde im Dezember 2010 gegründet. Er besteht aus den fünf Kantonen Bern, Freiburg, Neuenburg, Solothurn und Wallis sowie aus zahlreichen Städten, Gemeinden und Regionalorganisationen dieser Kantone. Die Gründung war eine Reaktion darauf, dass der Bund vor ein paar Jahren

in einem Entwurf des neuen Raumkonzepts Schweiz den Grossraum Bern nicht als Metropolitanraum bezeichnete. Nach Protest vor allem aus Stadt und Kanton Bern gilt der Grossraum Bern nun eben als Hauptstadtregion Schweiz. Der Bund übernahm damit das von Stadt und Kanton Bern lancierte Konzept. Sie stellen sich auf den Standpunkt, die Hauptstadtregion sei nicht gleichartig, aber gleichwertig mit den Metropolitanräumen Zürich, Basel und Genferseeregion.

Der Verein zieht nach etwas mehr als einem Jahr Existenz eine positive Zwischenbilanz. Der Verein habe sich rasch etabliert, sagten die Vertreter vor den Medien. Auch seien zahlreiche Aktivitäten im Gang. So geht etwa eine Arbeitsgruppe der Frage nach, wo sich im Bahnsystem der Hauptstadtregion Bern noch Lücken abzeichnen, die zu schliessen sind. (SDA)

Nachrichten

11. März GLP lehnt Bauspar-Initiative ab

An ihrer Mitgliederversammlung in Lyss haben die Grünliberalen Kanton Bern (GLP) ihre Parolen für die fünf eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 11. März gefasst. Die GLP lehnt die Bauspar-Initiative, die Ferien-Initiative und die Buchpreisbindung ab. Am meisten zu reden gab laut einer Mitteilung die Zweitwohnungs-Initiative. Unbestritten sei der Handlungsbedarf gegen die Zersiedelung. Die Befürworter argumentierten, die Initiative gehe trotz der starren 20-Prozent-Regelung klar in die richtige Richtung. Die Ja-Parole wurde mit 19 gegen 13 Stimmen bei 9 Enthaltungen gefasst. Einstimmig empfiehlt die GLP hingegen ein Ja zum Geldspiele-Genentwurf. (MGT)